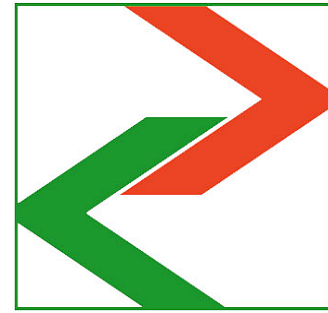


Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)
Asociación de Regiones Fronterizas Europeas (ARFE)
Association des régions frontalières européennes (ARFE)
Association of European Border Regions (AEBR)
Comunità di lavoro delle regioni europee di confine (AGEG)
Europæiske grænseregioners Arbejdsfællesskab (AGEG)
Werkgemeinschaft van Europese grensgebieden (WVEG)
Associação das Regiões Fronteiriças Europeias (ARFE)
Σύνδεσμος Ευρωπαϊκών Συνοριακών Περιφερειών (ΣΕΣΠ)
Stowarzyszenie Europejskich Regionów Granicznych (SERG)
Ассоциация Европейских Приграничных Регионов (АЕПР)



Erklärung von Berlin

Grenzübergreifende Arbeitsmarktmobilität – Erfahrungen, Probleme, Herausforderungen

Am 9. November 2012 wurde die Jahreskonferenz der AGEG eröffnet durch Herrn Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz, Präsident der AGEG, Herrn Walter Deffaa, Generaldirektor DG REGIO, Herrn Uwe Schulz-Hofen, Vertreter des Berliner Senats, Herrn Staatssekretär Henning Heidemanns, Vertreter des Landes Brandenburg, und Frau Nataliya Romanova, Vorsitzende der Kammer der Regionen, Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat.

Das Thema der Jahreskonferenz ist „Grenzübergreifender Arbeitsmarkt“, da dies gleichzeitig die Abschlusskonferenz des von der AGEG 2012 durchgeführten Projekts zu Erfahrungen, Problemen und Herausforderungen dieses für die europäischen Grenz- und grenzübergreifenden Regionen überaus wichtigen Themas ist.

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung in der EU, über 200 Millionen Bürger sowie Bürger in den benachbarten Regionen an den Außengrenzen der EU, leben in grenzübergreifenden Gebieten. Sie überqueren die Grenze täglich, um zu arbeiten oder auch in der Freizeit. Die Möglichkeit, auf der anderen Seite der Grenze zu arbeiten oder Arbeitnehmer von jenseits der Grenze einzustellen, eröffnet neue Chancen für sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber, die in vielerlei Hinsicht vom Know-how und der Erfahrung ihrer Nachbarn profitieren. In einigen Fällen kann Personalmangel in speziellen Sektoren zumindest zeitweise überwunden werden durch Nutzung von Arbeitnehmern aus dem Nachbarland. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese keine qualifizierte Arbeit im eigenen Land finden können. Darüber hinaus kann grenzübergreifende Zusammenarbeit angesichts von demografischem Wandel und seinen zu erwartenden negativen Auswirkungen auf nationale Arbeitsmärkte dabei helfen, neue, großflächigere regionale Strategien zu entwickeln.

Grenzübergreifende Arbeitsmärkte bieten zahlreiche zusätzliche Möglichkeiten. Die Zahl der Grenzgänger könnte jedoch weitaus höher sein. Aufgrund der oft schwierigen Zugänglichkeit vertrauenswürdiger Informationen darüber, was man als Grenzgänger bei der Arbeitsaufnahme jenseits der Grenze bedenken muss, sowie dem oft vorhandenen Sprachproblem, beschränken viele Arbeitssuchende sich auf den Stellenmarkt im eigenen Land. Sie befürchten, jenseits der Grenze im Nachbarland weniger Rechte zu haben als zuhause, da einige bürokratische Hürden zu nehmen sind. Im Bereich der grenzübergreifenden Arbeitsmarktmobilität gibt es nach wie vor viele praktische Hindernisse, die überwunden werden müssen, und die der Aufmerksamkeit der zuständigen politischen Organe bedürfen. Diese Hindernisse stehen zumeist im Zusammenhang mit den Unterschieden der verschiedenen nationalen Sozialversicherungs- und Steuersystemen, die nicht immer kompatibel sind. Die Europäische Kommission hat bereits durch zahlreiche

Initiativen die Harmonisierung der verschiedenen Sozialversicherungssysteme in der EU gefördert. In manchen Fällen wurde ein deutlicher gesetzlicher Rahmen geschaffen, um die Mobilität von Arbeitnehmern in der EU zu erleichtern. In vielen anderen Fällen hingegen ist es nach wie vor unklar, wie die europäische Gesetzgebung umgesetzt werden soll. Die zuständigen nationalen Organe und Behörden haben ihren Sitz normalerweise nicht in Grenznähe. Folglich fehlt es ihnen nicht selten an Bewusstsein für die Bedürfnisse der Grenzarbeiter, die meist „maßgeschneiderte“ Lösungen für ihren speziellen Fall benötigen.

Euroregionen und andere grenzübergreifende Strukturen können dazu beitragen, den Informationsfluss zwischen Bürgern in Grenzgebieten und nationalen Instanzen, die sich insbesondere mit sozialer Sicherheit und Steuerfragen befassen, zu verbessern. Tatsache ist, dass in vielen Grenzgebieten spezifische grenzübergreifende Netzwerke und Partnerschaften ins Leben gerufen wurden, um alle beteiligten Akteure von beiden Seiten der Grenze zusammenzubringen, um geeignete Lösungen für Mobilitätshindernisse (z. B. EURES T-Netzwerke oder spezifische Netzwerke in Euroregionen zur grenzübergreifenden Arbeitsmarktmobilität) vorzuschlagen. Eine wichtige Aufgabe dieser grenzübergreifenden Netzwerke und Partnerschaften ist darüber hinaus, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Grenzgebieten alle wichtigen Informationen zur Verfügung zu stellen, hinsichtlich Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung und Steuerfragen, Arbeitsangeboten im Nachbarland, zweisprachiger (Berufsausbildung), sowie anderer gezielter Lösungen zur Überwindung von Hindernissen in den Bereichen Infrastruktur, öffentlicher Personennahverkehr, etc.. Viele Probleme und Aufgaben haben ihre Ursache jedoch auf nationaler Ebene. Deshalb sollten nationale und regionale Mittel zur Lösung bereitgestellt werden.

Diese Informationen können kaum in geeigneter Form standardisiert über das Internet zur Verfügung gestellt werden, da die Probleme von Grenzgängern sehr individuell sind und Veränderungen unterliegen. Persönliche Beratungsdienste sind folglich von besonderer Wichtigkeit für derzeitige und zukünftige Grenzarbeiter. Informationsdienste verbessern die Zugänglichkeit der oft komplexen Informationen für Bürger, und haben so einen positiven Effekt auf die grenzübergreifende Arbeitsmarktmobilität an europäischen Grenzen. Sie ermutigen Arbeitsmarktmobilität – ohne dabei die Realität zu idealisieren – und stärken den grenzübergreifenden Arbeitsmarkt. Aus diesem Grund müssen diese grenzübergreifenden Netzwerke und Informationsdienste erhalten bleiben und durch die EU sowie die regionalen und nationalen Regierungen unterstützt werden. Information ist ein Schlüsselement, wenn es um europäische Arbeitsmarktmobilität geht. Ohne umfassende und verlässliche Information von Grenzgängern und ohne Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren ist es schwierig, gute Ergebnisse zu erzielen, was die Schaffung eines funktionierenden grenzübergreifenden Arbeitsmarktes angeht.

Es kann festgestellt werden, dass der grenzübergreifende Arbeitsmarkt sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance ist. Eine Herausforderung, weil es noch immer viele Vorurteile und praktische Hindernisse gibt, die auf regionaler Ebene normalerweise nicht gelöst werden können, und auf nationaler Ebene keine Priorität haben. Chancen bietet er für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die öffentliche Verwaltung in Grenzgebieten, die neue Methoden, Ansätze und Ideen gewinnen, Erfahrungen austauschen und neue Wege finden können, um Unternehmerschaft und Wachstum zu fördern. Er ist auf jeden Fall ein Grundstein für Integration in der EU und sollte deshalb weiter ermöglicht und ermutigt werden. Diese Analysen können auch eine Quelle der Inspiration sein für andere Integrationsprozesse außerhalb der EU.

Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen
Berlin, November 2012